

Amerika, du hast es (doch) besser

VON JOSEF JOFFE

Ein Rundum-Blick auf die westlichen Wirtschaften zeigt scheinbar anheimelnden Gleichklang: sanftes Wachstum, niedrige Zinsen, fast keine Inflation. Doch schon beim nächsten Blick sticht eine ärgerliche Kluft zwischen Anglo-Amerika und Kontinental-Europa ins Auge: fünf Prozent Arbeitslosigkeit in den USA, über zehn, Tendenz steigend, auf dem Kontinent - und die Briten dazwischen mit mehr als sechs Prozent. Was wissen die Amerikaner, was wir nicht wissen?

Vorweg: Der deutsche Mensch weiß immer sehr viel über Amerika. Zumindest glaubt er es und hat dementsprechend feste Meinungen über dieses vertraut-rätselhafte Land. Rasch konzidieren die Europäer, daß Amerika seit den frühen 80er Jahren eine veritable Job-Maschine geworden sei, die immer mehr Arbeitsplätze produziert, derweil sie bei uns immer schneller dahinschmelzen. Doch dann kommt das 'Aber', mit dem sich Deutsche und Europäer sofort ausgiebigen Trost spenden: Das seien doch bloß 'McJobs': schlecht bezahlte Beschäftigungen für Leute mit zweistelligem IQ und Null-Ausbildung.

Der europäische Amerika-Experte weiß auch, daß amerikanische Manager immer nur dem Kurzfrist-Profit hinterherjagen, derweil die unsrigen stets in strategischen Zeiträumen denken. Er gibt zwar zu, daß Amerika (seit 1992) in der längsten Wachstumsphase seiner Geschichte steckt, verweist dann aber auf den hohen sozialen Preis, nämlich die sinkenden Real-Löhne und die wachsende Ungleichheit der Einkommen.

Das sind allzu bequeme Mythen, meldet die Länderstudie United States 1996, welche die OECD, der Club der Industriestaaten, gerade veröffentlicht hat. 'Reagan-Land' bekommt da eine Eins-minus für eine geradezu vorbildliche Wirtschaftspolitik - eine Zensur, von der Deutsche nicht einmal träumen können. Mythos Nr. 1: die 'McJobs'. Wiewohl die Arbeitslosigkeit die niedrigste seit 25 Jahren und die 'Mehrheit der neuen Jobs in der OECD' in den USA entstanden sei, 'sind die meisten dieser Jobs in den höherbezahlten Lohnkategorien geschaffen worden'. Im 'Gegensatz zu populären Falsch-Annahmen' hat das 'schnellste Beschäftigungswachstum in den Sparten stattgefunden, die überdurchschnittlich hohe Löhne zahlen'.

Mythos Nr. 2: kurzatmiges Profitstreben über alles. Dieses Klischee sei nicht 'überzeugend', notiert lapidar die OECD, hätten doch US-Firmen überall 'kompetitiven Boden gewonnen' und eine 'höhere Kapitalrendite' erzielt als deutsche und japanische Firmen. Sie beherrschten 'viele Exportmärkte', führten in 'Forschung und Entwicklung' und seien 'außerordentlich gut' beim 'profitträchtigen Management von Investitionen'.

Mythos Nr. 3

'O. k.', würde jetzt so mancher Deutsche einwerfen, 'aber zu welchem sozialen Preis?' Tatsächlich entpuppt sich die Kunde von den sinkenden Real-Löhnen seit 1973 als Mythos Nr. 3. Schon rein intuitiv konnte sie angesichts eines stetig steigenden Lebensstan-

dards in den USA nicht überzeugen. Jetzt aber ist es offiziell. Nach zweijähriger Arbeit hat eine Kommission unter dem Stanford-Ökonomen Michael Boskin eine schlichte, aber sensationelle Tatsache herausgefunden: Die Methode, mit der Amerika seine Inflation mißt, wird dem rapiden Wandel von Produkten und Konsumgewohnheiten nicht mehr gerecht; ergo sei die Inflationsrate übertrieben worden; ergo seien die realen Durchschnittslöhne in den letzten 20 Jahren nicht gefallen, sondern um 35 Prozent gestiegen.

Was das mit uns zu tun hat? Derlei Ein- und Neu-Sichten machen es dem europäischen Betrachter viel schwerer, 'Modell Amerika' als irrelevant, gar irreführend beiseitezuschieben. Wir haben den Amerikanern zwar immer hohes Beschäftigungswachstum konzidiert, aber einen falschen Gegensatz zwischen hoher Dynamik und niedrigen Löhnen, zwischen blindem Profitstreben und einer weiseren 'sozialen Marktwirtschaft' konstruiert. Tatsache ist, daß das 'deutsche Modell' nicht mehr funktioniert, wenn es um die Schicksalsfrage 2000 geht: Wie von der zweistelligen Arbeitslosigkeit herunterkommen, die in Deutschland bei zehn, in Frankreich bei 13 und in Spanien gar bei 22 Prozent liegt? Tatsache ist, daß das 'amerikanische Modell' Vollbeschäftigung ohne all die schrecklichen Verwerfungen produziert, die ihm in Europa so gerne nachgesagt werden.

Wachstum ohne Jobs

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, das mutatis mutandis auch zu Frankreich, Schweden oder Belgien passen würde. In der vorigen Woche verzeichnete die deutsche Wirtschaft die besten Zahlen seit anderthalb Jahren: 2,4 Prozent Wachstum. Aber der Beschäftigungseffekt war gleich Null. Etwa gleichzeitig erwirken die Metaller die volle Lohnfortzahlung bei Krankheit. Ein paar Tage später mahnt der Bundespräsident die Industrie, nicht 'ungezügelt' Jobs zu exportieren. Am Donnerstag gibt Siemens den Abbau von 6000 Arbeitsplätzen bekannt; überdies werde sie in zwei Jahren mehr Leute im Ausland als daheim beschäftigen.

Kein Zusammenhang? Natürlich gibt es ihn. Wer glaubt, daß er mit den höchsten Löhnen und Lohnnebenkosten der Welt Jobs nach Deutschland locken kann, der muß auch glauben, daß deutsche Arbeiter mehr pro Stunde produzieren als jeder andere. Leider tun sie das längst nicht mehr; ihre US-Kollegen sind in vielen Sektoren produktiver und auf jeden Fall billiger. Wer glaubt, daß eine hohe Staatsquote (Anteil der öffentlichen Ausgaben am Inlandsprodukt) gut ist für die soziale Gerechtigkeit, der sollte die Augen nicht vor einer anderen Form der Ungerechtigkeit, nämlich der Arbeitslosigkeit, verschließen. In der OECD haben die USA, Japan und England die geringsten Staatsquoten (34-42 Prozent) und die geringste Arbeitslosigkeit. Deutschland, Frankreich, Finnland etc. liegen jenseits der 50-Prozent-Marke und warten mit doppelstelligen und wachsenden Arbeitslosenzahlen auf.

Wer wie der Bundespräsident die 'Sozialpflichtigkeit' des Kapitals höher einstuft als

die 'Gewinnmaximierung' (sprich: Kostensenkung), der muß auch die Konsequenzen dieser schönen Haltung bedenken. Die OECD-Studie drückt es mit bürokratischer Zurückhaltung so aus: 'Anpassungsverweigerung verschiebt das Unvermeidbare und bindet Ressourcen, die für den Einstieg in neue, dynamische Märkte gebraucht werden.'

Das traurige Fazit ist, daß die Bundesrepublik, ja ganz Westeuropa, mit ihren konsensuellen Arrangements - Wandel nur unter Entschädigungsvorbehalt - jahrzehntelang sehr gut gefahren sind, solange stetes Wachstum den Herrschenden erlaubte, dem

einen zu geben, ohne dem anderen zu nehmen. Das Geheimnis unseres wunderbaren sozialen Friedens? Halbwegs geschützt von den Wirbelstürmen des Weltmarktes konnten wir bis in die 80er Jahre genug 'Mehrwert' produzieren, um uns zugleich persönlichen Wohlstand und einen reichen Staat leisten zu können, der die Verlierer des Fortschritts großzügig alimentiert hat. Das ist vorbei. Wer jetzt noch soziale Gerechtigkeit mit Besitzstandswahrung und Anpassungsverweigerung verwechselt, der riskiert die schlimmste Ungerechtigkeit von allen: eine Gesellschaft, die immer ärmer wird und deshalb immer weniger Arbeit und Chancen zu verteilen hat.